



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Freiheit schützen – Zusammenhalt stärken – Terror bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Um unsere Gesellschaft zu schützen und die Freiheit zu bewahren, muss gleichermaßen entschlossen und besonnen gehandelt werden.

Entschlossen handeln heißt, die Polizei in ihrem Bemühen um mehr Sicherheit zu unterstützen, etwa durch mehr Personal oder bessere Ausstattung. Entschlossen handeln heißt, dass Staat und Gesellschaft unmissverständlich klar machen: Wir verteidigen die Werte der weltoffenen Gesellschaft. Entschlossen handeln heißt, einen stärkeren Fokus auf Prävention zu legen. Wenn jemand auf die schiefe Bahn gerät, müssen wir hinschauen und helfen, bevor er Straftaten begeht.

Besonnen handeln heißt, die Freiheit zu schützen, anstatt sie einzuengen. Besonnen handeln heißt, Flüchtlinge nicht unter einen Generalverdacht zu stellen, sondern ihnen die Hand zu reichen zur Integration in unsere Gesellschaft. Besonnen handeln heißt, dass wir den Zusammenhalt stärken, anstatt uns zurückzuziehen und abzugrenzen. Zum besonnenen Handeln gehört es auch, neue Maßnahmen und Gesetze kritisch zu hinterfragen und auf ihre Verhältnismäßigkeit zu überprüfen: Forderungen, die beispielsweise auf einfach mehr Videoüberwachung, Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung, Privatisierung der Sicherheitsaufgaben und Militarisierung der Innenpolitik abzielen, lehnen wir ab. Sie schränken unsere Freiheit ein, bringen aber nicht mehr Sicherheit.

II. Um die Freiheit zu schützen, wird die Staatsregierung aufgefordert:

1. Im Bereich der Sicherheitspolitik:

- für eine personell- und ressourcenmäßig gut ausgestattete Schutz- und Kriminalpolizei zu sorgen;

- Polizistinnen und Polizisten zeitnah durch die Einstellung von zusätzlichen Tarifbeschäftigten zu entlasten und
- im Rahmen einer Aufgabenkritik die Ressourcen der Polizei neu zu verteilen;
- die Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität im Rahmen der bestehenden rechtsstaatlichen Befugnisse und der Verhältnismäßigkeit zu intensivieren;
- sich für eine stärkere europäische Vernetzung und besseren rechtsstaatlich organisierten Informationsaustausch einzusetzen;
- sich für eine Verschärfung des Waffenrechts auf Bundes- und Europaebene einzusetzen;
- islamistische Strukturen lückenlos aufzuklären, Gefährder zu überwachen und an der Ausreise zu hindern;
- den Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene weiter zu erhöhen, um damit die bereits begangenen Taten schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer abzuschrecken;
- landesweite Notfallpläne zum Schutz von bedrohten Einrichtungen zu erarbeiten;
- alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Verbot der neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ zu initiieren.

2. In anderen Politikfeldern:

- die Präventions- und Bildungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und allen weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit deutlich zu intensivieren;
- das bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus – unter Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft – zu evaluieren und weiterzuentwickeln;
- insbesondere die Angebote zur schulischen und außerschulischen Demokratiebildung zu stärken;

- ein Förder- und Aktionsprogramm zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen aufzulegen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren;
- den Ausbau der Forschungsförderung im Themenbereich Salafismus sowie
- ein bayerisches Präventions- und Deradikalisierungsprogramm für den Bereich des Salafismus und gewaltbereiten Islamismus zu erarbeiten, das sich speziell an Mädchen und junge Frauen wendet.

Begründung:

Eine solidarische Gesellschaft ist der beste Schutz vor Terror und Gewalt. Wenn alle ihren Platz in der Gesellschaft finden, alle Hilfe und Unterstützung erhalten, die sie brauchen und keiner allein gelassen wird, dann gelingt es besser, Terroristen und Gewalttätern die Stirn zu bieten. Vertrauen schafft Sicherheit. Wer dagegen Vorurteile gegen vermeintlich andere sät, die Gesellschaft spaltet und Unterstützung verweigert, schafft ein Klima der Angst, des Misstrauens und der Verunsicherung. Dort können Ohnmacht und Bereitschaft zur Gewalt besonders gut wachsen. Aus Verunsicherung wird Unsicherheit. Deshalb treten wir GRÜNE für einen starken Zusammenhalt, für eine Politik der guten Nachbarschaft ein. Der demokratische Rechtsstaat mit einer starken Zivilgesellschaft sorgt für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger. Er tut dies mit Vernunft und Augenmaß.